

DIE ARBEITER.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertat ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 L.

Nr. 48.

Berlin, den 30. November 1900.

27. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Greslan, Imerax** (Abicht u. Co.), **Rheinsberg, Rudolfsstadt** (Volkshaus, Schwarz), **Cripts, Vegesack**.

Der Vorstand.

Der deutsche Reichstag

Im Anfang voriger Woche wieder zusammengetreten. Der Reichstanzlerwechsel, sowie die zu erwartenden lebhaften Debatten bei Punkt „Nachtragsetat“ (Sinaerpedition) ließ diesmal eine außerordentliche Spannung in Volkskreisen gerechtfertigt erscheinen. Die erste Beratung über diesen Punkt ist nun bereits vorüber und, worüber schließlich in unseren Kreisen kein großer Zweifel war, sämtliche Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei haben sich bereit erklärt, der Aufbringung dieser so außerordentlich hohen Kosten für den Reichsfeldzug zuzustimmen. Wohl ist an dem und jenem, so auch besonders wegen der Nichteinberufung des Reichstages im Sommer gemäkelt worden, doch ändert das alles nichts an der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen und sei der Boden auch noch so schlüpfrig, wie der im fernen Reich der Mitte. Daß die sozialdemokratische Partei da nicht mitthut, wo doch weiter nichts als nur eine weitere Belastung der Volksmassen heraustritt, ist selbstverständlich und Bebel hat den ablehnenden Standpunkt in geschickter Weise genügend vertreten. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir ohne weiteres voraussetzen, daß unsere Mitglieder in solchen bewegten Zeiten die Tagesblätter und zwar die der Arbeiterpartei fleißig lesen und werden sie demnach die diversen gemauerten Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien und jene unseres Bebel bereits in sich aufgenommen haben. Von einem gewerkschaftlichen Blatt wäre es sicher zuviel verlangt, wollte es sich eingehend über diese, allerdings auch für Gewerkschaftsmitglieder, wichtigen Vorgänge im parlamentarischen Leben auslassen, dafür sind die politischen Zeitungen da.

Indoch eine Ausnahme müssen wir machen mit der 12000 Mk.-Affaire. Wurde dieser Betrag doch von dem Centralverband der Industriellen dem Reichsamt des Innern zur Verfügung gestellt, zu dem Zwecke, Propaganda für die selbige Zuchthausvorlage zu machen. Jene Vorlage, die, wenn sie Gesetz geworden wäre, speziell uns gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das bisherige Koalitionsrecht illusorisch gemacht hätte.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Interpellation im deutschen Reichstage eingebracht:

„Welche Maßregeln gedenkt der Hr. Reichstanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessentengruppe, dem Centralverband Deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben.“

Am letzten Sonnabend kam dieselbe zur Verhandlung und wurde vom Abg. Auer begründet. Er trägt zunächst die Thatsachen vor und verweist auf die nach Bekanntwerden dieser 12000 Mk.-Sache in der Presse lautgewordenen Ausflüchte. Es sollte damit festgestellt werden, daß es in Deutschland eine herkömmliche Praxis sei, daß die Regierung zur Unterstützung und Erreichung ihrer Zwecke sich privater Mittel bediene und zwar wurde der „Volkswirtschaftsrath“ bismarckischen Andenkens vorgeführt, zu dessen Verfassung auch jenesmal 16000 Mk. aus Privatmitteln zur Verfügung gestellt worden wären. Mit Recht sagt dazu Auer:

„Die Vorgänge beim Volkswirtschaftsrath können aber mit den heutigen gar nicht verglichen werden. Schon der Zweck der Selbsthergabe ist in beiden Fällen ein himmelweit verschiedener. Damals bei Verfassung des Volkswirtschaftsraths handelte es sich für den Fürsten Bismarck, der damals für seine Umwandlung aus einem Freihändler in einen Schutzzöllner im Parlament nicht das genügende Verständnis fand und, wie es bei seiner im-

passiven Natur immer gewesen ist, nicht warten konnte, bis auch im Parlament der Umschwung der Ansichten sich vollzog, darum, seinen Anschauungen rascher Geltung zu verschaffen. Er suchte im Volkswirtschaftsrath sich einen außerordentlichen parlamentarischen Beirath zu schaffen, vermöge dessen Gewicht er glaubte, seine Ansichten rascher durchdrücken zu können. Das mag ein Streben gewesen sein, das vom Standpunkt eines streng konstitutionellen Mannes aus nicht gebilligt werden kann, eine irgendwie illoyale Handlung war es nicht. Hier dagegen handelt es sich um ein Ausnahmengesetz gegen Arbeiter, das dahin gerichtet war, die Arbeiter für die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen ins Zuchthaus zu bringen. Weiter ist auch zu beachten, daß bei dem damaligen Vorgang das Geld von Privaten dem Fürsten Bismarck direkt angeboten wurde, man weiß nicht genau, ob das Anerbieten angenommen wurde. Hier ist aber direkt von der Regierung das Geld erbettelt durch einen Vertreter der Regierung bei Privaten, es handelt sich um ein von Erfolg begleitetes Bittgesuch eines hohen Beamten gerichtet an eine Verbindung, die in der Frage geradezu Partei war.“

„Im Bismarck'schen Angebot konnte die Regierung sich entscheiden, daß sie von dem Angebot Gebrauch mache oder es ablehnen wollte. An dem jetzigen Falle ist aber von einer freien Entscheidung nicht mehr die Rede. Die Regierung hat sich von vornherein in eine abhängige Stellung begeben, da sie als Bittstellerin auftrat. In diese abhängige und nach meiner Auffassung unwürdige Stellung konnte der Bittsteller oder seine Auftraggeber nicht kommen, wenn man in maßgebenden Kreisen nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, die Mittel der Schwarzmaier gegen die Arbeiter zu benutzen. Es ist eine interessante Erscheinung bei uns, wo das preussische Königthum herrscht, das angeblich alle Zeit ein Königthum der Armen gewesen sein soll, wendet man sich an die Großindustriellen, um 12000 Mark zu verlangen zur Agitation für ein Gesetz, dessen ausgesprochenen Zweck es ist, den Armen, den Ent-erzten das Koalitionsrecht zu nehmen. Um

